

Köln, den 8. August 1949. 56  
Reichenspergerplatz  
Fernruf Nr. 705 61

StS. 294/49

Betr.: Strafsache gegen L e m p f e r t u.a.  
-3 Ks 6/49 der Staatsanwaltschaft Jtzehoe -.

Die Revision der Staatsanwaltschaft wird in dem durch meinen heutigen Termins Antrag eingeschränkten Umfange vertreten werden.

1) In Übereinstimmung mit der örtlichen Staatsanwaltschaft halte ich bezüglich des Angeklagten Lempfert die Verneinung des Tötungsvorsatzes für rechtlich fehlerhaft. Es ist schon äusserst bedenklich, dass der Tatrichter das von selbst abgelegte Geständnis des Lempfert bei seiner richterlichen Vernehmung nicht für die Annahme eines Tötungsvorsatzes verwertet hat. Die verneinende Schlussfolgerung des Urteils mag jedoch insoweit noch denkmöglich sein. Dadurch aber, dass das Urteil den Tötungsvorsatz mit der weiteren Begründung verneint, ein besonderer Grund des Lempfert, sich an Fabian zu rächen, sei nicht festgestellt worden, setzt es sich in Widerspruch zu seiner Feststellung (S. 6 d.U.), dass Lempfert bereits früher Zusammenstösse auch mit seinem politischen Gegner Fabian gehabt hatte und wegen eines Zusammenstosses mit einem politischen Gegner zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Vollends unhaltbar ist die weitere Darlegung, Lempfert hätte Fabian nicht in den Unterleib geschossen, wenn er ihn hätte töten wollen. Das Urteil führt (S.15) aus, dass wegen der Dunkelheit ein genaues Zielen nicht möglich gewesen sei. Ein sicheres Zielen auf den Unterleib war also gar nicht möglich. Abgesehen davon bedeutet es die Verkennung einer Erfahrungstatsache, dass das Gericht auf S. 14 d.U. offenbar davon ausgeht, Schüsse in den Unterleib seien im allgemeinen mindergefährlich und würden auch im allgemeinen für mindergefährlich gehalten, und dass es allein aus der Lage der Einschussstelle auf mangelnden Tötungsvorsatz schliesst.

Dass in Wahrheit der Angeklagte Lempfert wenigstens mit bedingtem Tötungsvorsatz auf Fabian geschossen hat, ergibt sich schon aus den Erwägungen, mit denen das angefochtene

Urteil

Urteil die Fahrlässigkeit der Tötung bejaht (S. 15 d.U.) Dann musste Lempfert angesichts des grossen Kalibers der von ihm benutzten Pistole, der Dunkelheit zur Zeit der Tat und der kurzen Entfernung, aus der er schoss, voraussehen, dass er Fabian töten könnte. Es ist völlig unerfindlich, wie es möglich gewesen sein soll, dass diese sich geradezu als selbstverständliche Erkenntnis dem Lempfert nicht gekommen sei. Zudem hätte es der einwandfreien Feststellung äusserer Tatumstände -etwa des bewussten Zielens auf weniger empfindliche Körperteile- bedurft, um die gerade für einen -in günstigster Falle bedingten- Tötungsvorsatz sprechenden Umstände des Sachverhalts auszuräumen. Die formelhafte Wendung, „angesichts des gesamten Sachverhalts sei dem Angeklagten nicht nachzuweisen, dass er bei dem Zielen auf Fabian überhaupt mit der Möglichkeit gerechnet habe, er könne Fabian töten“ (S. 14 d.U.), reicht keinesfalls zur Verneinung des Tötungsvorsatzes aus.

2) Hinsichtlich der Angeklagten Schröder, Heeschen, Kirchmann, Lange und Buer ist das Urteil im Straf ausspruch fehlerhaft. Nicht zu billigen vermag ich zwar die Meinung der örtlichen Staatsanwaltschaft, der Tod des Fabian sei auch diesen Angeklagten als Folge eines auch die Tötung des Fabian umfassenden Unmenschlichkeitsverbrechens zuzurechnen; denn der gemeinschaftliche Wille der Angeklagten war nach den Feststellungen des Urteils nur auf eine Schlägerei, nicht aber auf den Gebrauch einer Schusswaffe gerichtet, so dass sich die Abgabe des Schusses nicht als bewusstes und gewolltes Angriffsverhalten der übrigen Angeklagten ansehen lässt. Der Tod des Fabian hätte jedoch -und darin ist der Revision der örtlichen Staatsanwaltschaft zu folgen- bei der Strafzumessung berücksichtigt werden müssen. Es ist rechtlich fehlerhaft, dass das Schwurgericht die Strafen für die Angeklagten auch zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit allein nach dem geringen Schaden bemisst, den ihre Schläge hervorgerufen haben (S. 20 d.U.), jedoch völlig ausser acht lässt, dass der Tod des Fabian im Verlaufe ihres gemeinschaftlichen Angriffes eingetreten ist. Nach § 227 StGB. wird die Todesfolge bei einem gemeinschaftlichen Angriff jedem Angreifer sogar zur Schuldfrage

frage



57

frage zugerechnet. Ist diese Vorschrift hier auch wegen Ver-  
jährung der Strafverfolgung nicht unmittelbar anwendbar, so  
zeigt sie doch klar, dass eine zum Strafmass erschöpfende Würdi-  
gung der Tat der Angeklagten die von ihnen mit herbeigeführte  
Todesfolge nicht unberücksichtigt lassen darf.

3) Die Revision der örtlichen Staatsanwaltschaft rügt zu  
Recht, dass den Angeklagten Schröder und Heeschen die Internie-  
rungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet worden ist. Die  
Internierung „wegen ihrer Tätigkeit als SA-Männer in Kelling-  
husen“ besagt nicht, dass die Internierungshaft für die Zwecke  
des jetzt laufenden Strafverfahrens angeordnet worden ist oder  
doch für dieses Strafverfahren tatsächlich fortgedauert hat.  
Irgendwelche tatsächliche Feststellungen hinsichtlich der  
Gründe der Internierung sind aber im übrigen in dem angefochtenen  
Urteil nicht getroffen worden. Damit ist der erforderliche Zu-  
sammenhang zwischen Internierungshaft und Strafverfahren nicht  
gegeben.

In Vertretung:

*Schmidt*  
Oberstaatsanwalt.

W.